

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

31.3.1853 (No. 76)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 31. März.

Nr. 76.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Die orientalische Angelegenheit.

Die Türkei hat in Wahrheit in ihrer Schwäche ihre Stärke. Gestützt und gestützt von außen hat jeder überwiegende Druck des einen Strebepfeilers einen um so stärkeren Gegenruck der andern zur Folge, wodurch eben die schlimme Wirkung der ersten neutralisirt wird. Des wechselseitigen Verhältnisses wegen, in welchem so die europäischen Großmächte zur Türkei stehen, zittert denn auch jeder Stoß, der auf das morsche Staatsgebäude geschieht, in ganz Europa nach. Wirklich bedrohlich aber, bedrohlich in dem Sinne, daß der europäische Frieden durch eine Verwicklung im Orient in Frage gestellt werden könnte, wäre doch nur ein solcher Stoß, welcher gegen die Fundamente des baufälligen Staates geschähe.

Ob die Sendung des Fürsten Menzjoff einen derartigen Stoß bedeute oder nicht, war eine alle Welt beschäftigende Angelegenheit, namentlich seit der Telegraph mit Blitzgeschwindigkeit den Kontinent von dem rücksichtslosen Auftreten des russischen Kaiserboten in Konstantinopel, von den kriegerischen Vorbereitungen an der russisch-türkischen Grenze und dem Aufbrechen der englischen und französischen Flotten in Kenntnis gesetzt hatte. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich der Völkern, und es fehlte nicht an politischen Wahrsagern, welche einen Weltbrand in nächster Zukunft verkündeten, der, am Bosphorus entzündet, bald ganz Europa in Flammen setzen werde. Und heute noch vernimmt man Stimmen, die sich von der Ansicht nicht losmachen können, daß das Jahr 1853 die Bestimmung habe, dem Reich des Islam in Europa ein Ende zu machen.

Die amtlichen Organe der Regierungen der Großmächte unterliegen nicht, die beruhigendsten Erklärungen zu geben; gleichzeitig vernahm man von Paris, London und Wien die Versicherung, daß Nichts vorliege, was Grund zu einer Verwicklung kriegerischer Eventualitäten sein könnte, und selbst das „Journ. de Constantinople“, das offiziöse Organ der Pforte, führte eine durchaus friedliche Sprache und erklärte am 9. d., also nach der bekannten Audienz des Fürsten Menzjoff, daß die neueste Verwicklung, wie die letzten überhaupt, ganz und gar nur auf dem Boden der bestehenden Verträge beruhe. Dazu kam eine Erscheinung der wichtigsten, wir möchten fast sagen entscheidenden Art: es ist die Passivität, welche die englische Regierung in so offenkundiger Weise beobachtet hat. Man wird ohne Widerspruch behaupten dürfen, daß England es nicht ruhig würde geschehen lassen, wenn Rußland heutzutage die Existenz und Unabhängigkeit der Türkei antasten würde, wodurch seine Nachstellung im Mittelmeer, seine Verbindung über Ägypten, die Interessen seines Handels und seiner Schifffahrt in der Levante aufs ärgste bedroht wären. Diese Gefahr kann nicht vorhanden sein, sonst würde, wie gesagt, England nicht eine bloß neutrale und beobachtende Rolle wählen, und daraus ergeben sich von selbst die entsprechenden Rückschlüsse auf den Ernst und die Bedeutung der Streitfrage.

Seitdem wurden wir durch den Telegraphen belehrt, daß die Verwicklung sich in erster Linie um die hl. Stätten drehe. Hier erscheint außer Rußland und der Türkei nur Frankreich, als Schutzmacht der Lateiner (Katholiken), direkt be-theiligt; um so gewichtiger aber ist eben darum die neuerliche Erklärung des „Monteurs“, daß die obschwebende Differenz ohne Konflikt zwischen den europäischen Großmächten gelöst werden würde. Die französische Regierung hatte, bevor sie diese Erklärung gab, gewiß erwogen, daß ihre Haltung keine Kriegsgefahr mit sich führe; sie hatte vorher schon einen thatsächlichen und verständlichen Wink über das von ihr beabsichtigte Verfahren dadurch gegeben, daß sie ihren Gesandten Lavalette — dessen diplomatische Eroberungen eben einen hauptsächlichsten Beschwerdepunkt bildeten — von seinem Posten abrief.

Daß aber die Frage der hl. Stätten überhaupt Anlaß zu einer ernsthaften Entzweiung der Großmächte bilden könne, ist an sich schon nicht wahrscheinlich. „In den Jahrhunderten der Kreuzfahrer“, sagt die „Dest. Corr.“ mit Recht, „war es eine erhabene und merkwürdige Bewegung religiöser Begeisterung, welche die abendländischen Mächte trieb, in gleicher Richtung zu gleichem Zwecke zu wirken, und das Banner christlicher Herrschaft auf den Zinnen von Jerusalem aufzuspflanzen. Später wurde dieses Interesse von den Richtungen einer vorwiegend materiellen Politik so sehr in den Hintergrund gedrängt, daß während langer Jahrhunderte auch nicht der Gedanke Wurzel fassen konnte, dasselbe wieder aufzugreifen; ja es machte sich diese Tendenz nicht einmal auf der häufigen, mit der Türkei geführten Kriege bemerkbar. In neuester Zeit sind die heil. Stätten wieder der Punkt, auf den abermals die Augen der christlichen Völker mit Spannung gerichtet sind, und so sehr die dabei wirklichen Triebfedern von weltlichen Interessen auch immer in Bewegung gesetzt sein mögen, so ist es doch unläugbar, daß ein tiefes religiöses Moment denselben zum Grunde liegt.“

Außer der Frage der hl. Stätten war früher und ist jetzt wieder noch von einer andern die Rede, die allerdings höhere politische Wichtigkeit hat; sie betrifft den angeblichen Anspruch Rußlands auf das Besatzungsrecht des Patriarchen von

Konstantinopel und das Protektorat über die Unterthanen der Pforte griechischen Bekenntnisses. Wäre dieses Begehren wirklich erhoben worden, so beanspruchte der Kaiser von Rußland eine Art griechisches Papstthum, in dessen Bereich nicht weniger als drei Viertel der Bevölkerung der Türkei fielen — ein Papstthum, welches nicht wie das römische bloß religiös-kirchliche Grundlagen, sondern außer ihnen auch noch die moralische und physische Macht des russischen Reiches hinter sich hätte.

Es genügt, dieses anzudeuten, um die Erheblichkeit eines solchen Anspruchs, der die Türkei nahezu Rußland zu Füßen legen würde, erkennbar zu machen. Bis jetzt aber fehlt es noch gänzlich an beglaubigten Nachrichten hierüber; und was den Schein der Glaubwürdigkeit für sich hat, spricht nicht dafür, daß dieses Begehren in Konstantinopel erhoben worden wäre. Möglich wohl, daß es in späterer Zeit erhoben werden und zu einem Mittel neuer Demüthigung dienen wird.

Und so kommen wir auf die in diesen Blättern wiederholt ausgesprochene Ansicht zurück, daß die jetzige Verwicklung im Orient weder für den europäischen Frieden, noch für das türkische Reich zu einer Krise führen wird. In der Sophienkirche zu Konstantinopel gibt es eine vermauerte Thüre. Die fromme Sage erzählt: Als die Türken die Stadt eroberten und in die Kirche drangen, habe hier ein Priester Messe gelesen; um die h. Hostie vor Profanation zu retten, sei er mit ihr an diese Stelle getreten, die Thüre habe sich geöffnet, und nachdem er hindurchgegangen, wieder geschlossen. Wenn der Halbmond auf der Kirche sinke und das Kreuz wieder errichtet würde, werde sich die Thüre wieder aufthun, und der Priester durch dieselbe wieder eintreten. Im Jahr 1853 sind es gerade 400 Jahre, seit das Kreuz dem Halbmond weichen mußte, und das christliche Volk redet sich gerne ein, daß dieser damit für immer von den Ufern des Bosphorus verschwinden werde. Wie die Sachen indes jetzt stehen, wird sich das Christengemüth voraussichtlich noch weiter in Geduld fassen müssen.

Deutschland.

3 Vom Rhein, 29. März. Ihre Zeitung hat kürzlich einen Artikel, die Vereine gegen Thierquälerei betreffend, gebracht, der mich zu einigen Bemerkungen veranlaßt. Dem Verfasser scheint entgegen zu sein, daß nicht nur in Bayern ein solcher Verein besteht, sondern auch im Großherzogthum Baden, wo er mit dem Hauptsitze in Freiburg seit 1842 durch viele Filialgemeinden über's ganze Land verbreitet ist. Auch der Vorschlag ist nicht neu, daß die landwirthschaftlichen Vereine an dem Verein sich besonders theilnehmen sollten; doch ist die wiederholte Anregung nur zu billig. Um dem Vereine mehr Mittel und Ansehen zu verschaffen, wäre es erwünscht, wenn die Hh. Geistlichen und Lehrer besser als feither durch Beitritt ihre Theilnahme beweisen würden; die von denselben ausgehenden Schriften, deren Inhalt gewiß dem edlen Zwecke entspricht, würden so leichter in die Schule verpflanzt werden und gute Früchte tragen. Nicht minder erwünscht aber wäre es, wenn die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins zugleich auch Mitglieder des Vereins gegen Thierquälerei würden. Der jährliche Beitrag eines Mitglieds beträgt nur 30 Kreuzer, wofür ihm noch die neuen Büchlein mit den entsprechenden Holzschnitten verabreicht werden. Gewiß eine geringe Ausgabe für eine so folgerichtige Sache! In neuester Zeit ist durch verschiedene Verordnungen Vieles geschehen, um der Thierquälerei Schranken zu setzen; aber diese genügen nicht allein, da nicht überall die Polizei gegenwärtig sein kann, um gegen den Thierquälerei sogleich einzuschreiten; sind aber die Mitglieder mehr noch über das Land verbreitet, so wird in denselben Grade die Aufsicht vermehrt, die Robeit gegen die Thiere wird eben so schwinden, und damit bessere Gefühle auch gegen den Nebenmenschen Wurzel fassen.

3 Bruchsal, 29. März. Die heute dahier eröffneten Schwurgerichts-Sitzungen für das erste Quartal dieses Jahres begannen mit der Anklage gegen August Baumann von Karlsruhe wegen gefährlichen Diebstahls. Derselbe war angeklagt, im November 1852 zu Karlsruhe über eine 8' 2" hohe Bretterwand und über einen 3' breiten Gang hinüber durch eine 14" breite und 13" hohe Oeffnung in der Scheidewand zweier Häuser auf die Bühne im Kießer'schen Hause hinauf und von dieser wieder auf einer Leiter 8' 2" hinabgestiegen zu sein, mit einem zu diesem Behufe mitgebrachten Hauptschlüssel eine Kuchenthüre geöffnet und aus den Mansardenzimmern verschiedene Gegenstände, im Werthe von etwa 16 fl. 23 kr., entwendet zu haben. Eben so war derselbe angeklagt, am 27. Nov. v. J. auf gleiche Weise in die nämliche Küche eingedrungen zu sein, wo er dann, ohne noch Etwas genommen zu haben, betreten und festgenommen wurde. Die Geschwornen erklärten dieses Einsteigen als in einer Weise verübt, daß im Falle der Betretung Flucht nicht leicht ausführbar war. Der Angeklagte wurde sonach von dem Schwurgerichtshof des durch Einsteigen gefährlichen Diebstahls für schuldig erklärt und zu einer Arbeitsstrafe von 1 1/2 Jahren mit 30 Tagen Dunkelarrest und eben so viel Hungerkost, sowie zur Stellung unter Polizeiaufsicht auf 1 Jahr verurtheilt.

Eine zweite, noch denselben Vormittag geheim verhandelte Sache eignet sich nicht zur öffentlichen Mittheilung. Die Sitzung schloß schon um 11 1/2 Uhr.

Freiburg, 29. März. Wie die „Freib. Ztg.“ meldet, ist Dr. Weiß, Privatdozent der Geschichte an hiesiger Universität, von Sr. K. K. Maj. dem Kaiser von Oesterreich zum Professor der Geschichte an der Universität Prag ernannt worden.

Stuttgart, 29. März. Die Osterfeiertage haben bei einem meist hellen, jedenfalls von Regen und Schnee freien Wetter die Ausflüge nach allen Seiten hin sehr befördert, obwohl ein beständiger, scharf und schneidend wehender Nordwind zuweilen sehr empfindlich einwirkte und eine kalte Temperatur im Gefolge hatte. Die Eisenbahn hatte sich dabei einer ungeheuren Frequenz zu erfreuen. Sie vermochte trotz ihrer großartigen Betriebsmittel dem Andrang der zahlreichsten am Sonntag und Montag doch kaum zu genügen. Im Oberland und den höher gelegenen Gegenden der Alb und des Schwarzwaldes, wo es noch sehr viel Schnee gibt, wurde auch noch die Schlittenbahn häufig benützt.

Trotz der noch sehr rauhen Witterung gehen doch die Auswandererzüge schon stark nach dem fernem Westen. Die Heilbronner Neckar-Dampfschiffahrt, welche fast Alles aus Württemberg zu befördern hat, steht sich dabei vortheilhaft und hat jetzt schon Aussicht auf ein ausgezeichnetes Betriebsjahr. Seit einigen Wochen sind die Dampfschiffe den Neckar hinab fast jeden Tag zur Hälfte mit Auswanderern vollgepfropft, wovon viele reichliches Gepäck mit sich führen; nur der Charfreitag machte hievon eine Ausnahme; an diesem Tag gingen keine Auswanderer. Eine für die Auswanderer bequeme Einrichtung ist von den Dampfschiffahrts-Direktionen dadurch getroffen worden, daß dieselbe, sofern an einem Tage 40 Auswanderer zusammenkommen, was oft der Fall ist, die Schiffe nicht bloß bis Heidelberg, sondern bis Ludwigshafen gehen läßt, so daß sie, ohne umladen zu müssen, bis zu den Rheinschiffen gelangen können.

Ludwigshafen, 26. März. (F. 3.) Die Arbeiten zur Telegraphenverbindung zwischen Bayern und Frankreich sind bereits in Angriff genommen und es wird zu dem Zweck die Linie, welche in Landau enden sollte, bis Weisenburg fortgesetzt, wo sie mit der französischen zusammenstößt. In Straßburg wird eine bayrische Station errichtet, welche die Depeschen nach der Pfalz und dem seltentigen Bayern und umgekehrt befördert.

Wiesbaden, 28. März. (F. 3.) Die englische Gesellschaft, welche von der hessischen Regierung die Konzession zu einer Eisenbahn von Wiesbaden dem rechten Rheinufer entlang bis an die preussische Grenze, Koblenz gegenüber, erhalten, hat in der sichern Aussicht, daß sie auch von Preußen die Konzession zur Fortsetzung der Bahn bis Deuz erhalten werde, in London einen Prospektus über dieselbe ausgegeben, und die Subskription von Aktien begonnen. Das Unternehmen ist an der Londoner Börse günstig aufgenommen und gleich am ersten Tag eine so große Summe gezeichnet worden, daß der für England bestimmte Theil des Kapitals voraussichtlich in wenig Tagen vergriffen sein wird.

Marburg, 24. März. (Schw. M.) Die kurfürstliche Regierung hat eine geologische Untersuchung des Landes angeordnet. Mit der Leitung der betreffenden Arbeiten ist der hiesige Lehrer der Mineralogie, Prof. Girard, beauftragt. — Der von der philosophischen Fakultät unlängst dem Dr. Thierich erteilten Habilitation ist von dem Ministerium die Genehmigung versagt worden. — Eine für die hiesige Universität wichtige Sache ist die neuestens verfügte Uebertragung der Polizeigewalt über die Studierenden, welche bisher den Universitätsbehörden zustand, an die bürgerliche Polizeibehörde.

Koblenz, 28. März. Unsere Handelskammer hat in ihrem nunmehr veröffentlichten Jahresbericht an den Hrn. Handelsminister sich in sehr energischer Weise für die Nothwendigkeit schleuniger Herstellung der Köln-Koblenz-Mainzer und Ehrenbreitstein-Gießener Eisenbahn ausgesprochen. Jahr um Jahr verstreicht, heißt es darin, und die hohe Staatsregierung gewährt noch nicht den Bau dieser beiden Bahnen von höchster Wichtigkeit. Für die erstere Bahn, deren Bedürfnis doch selbstredend ist, haben wir Alles erschöpft, was dieses dringende Bedürfnis unwiderlegbar macht. Damit unsere schwache Stimme nicht verhallen möge, vereinigen wir uns mit unserm Stadtrathe zur Einladung der Land- und Stadtgemeinden des ganzen Landstrichs von Köln bis Kreuznach, auf daß sie in einer gemeinsamen Vorstellung nochmals Zeugnis davon geben könnten, wie sehr das Schicksal des Landes vom Bau dieser Linie abhängt. Wie erwartet, zeigte sich die allergrößte Theilnahme, über 100 Gemeinden waren vertreten, und mit Stimmeneinhelligkeit wurde eine Denkschrift an das Gesamtstaatsministerium beschloffen. Diese Eingabe geschah am 27. März v. J.; allein bis heute erfolgte weder Gewährung noch Bescheid. Traurig, wie diese Nichtbeachtung ist, der Schritt hatte und behält sein Gewicht, jetzt und künftig. Sodann heißt es in Betreff der Deuz-Wiesbadener Bahn: Militärische Rücksichten mögen sie wünschenswert machen; doch welche militärische Vor-

theile kann es geben, die man in unsern Tagen mit dem Ruin einer halben Provinz erkaufen möchte? Die Bahn, die wir erstreben, wollen wir nicht, um uns zu bereichern, sondern uns vor dem Verderben zu schützen, das schon durch die jahrelange Verzögerung mit sicherem Schritt hereinzubrechen scheint.

Legten Freitag Abends 8 Uhr beobachteten wir hier ein höchst seltsames Phänomen. Es bildete sich um den Mond ein regelmäßiges, aus demselben hellen Lichte, wie das dieses Himmelskörpers selbst, gebildetes Kreuz, wovon er der Mittelpunkt war. Viele Tausende von Menschen betrachteten dasselbe, und es wird diese Form, an diesem Abende gesehen, nicht ermangeln, zu allerlei Kommentaren Anlaß zu geben.

Berlin, 27. März. Die Mittheilung mehrerer Blätter, daß die hiesige Zollkonferenz sich des Festes wegen auf einige Zeit verlagert habe, entbehrt der Begründung. Die Verhandlungen nehmen ihren ungestörten Fortgang. Sowie am Donnerstag hat auch am Sonnabend eine Sitzung der Konferenz stattgefunden, und am Dienstag nach dem Feste wird ebenfalls eine Sitzung abgehalten. Nur während der eigentlichen Feiertage sind die Beratungen ausgesetzt worden. Einzeln Bevollmächtigte haben sich allerdings in dieser Zeit nach der Heimath begeben, um ihren Regierungen Bericht abzugeben und über einzelne Punkte Instruktionen einzuholen. Die Hauptverhandlung ist am vergangenen Dienstag mit der Annahme des Vertrages über die Erneuerung des Zollvereins unter Aufnahme des Steuervereins abgeschlossen worden. Auch der Handelsvertrag vom 19. Febr. hat im Wesentlichen bereits die ausdrückliche Zustimmung der Vereinsregierungen erhalten. Es bleibt jetzt nur noch die Erledigung einiger Fragen von untergeordneter Bedeutung übrig. Die Konferenz wird allem Anschein nach schon in der ersten Woche des Monats April ihr Ende erreichen.

Berlin, 27. März. Die wegen Errichtung der neuen Zentralstelle für die Staatspolizei entstandenen Differenzen sind nunmehr als ausgeglichen zu betrachten. Ist auch die Angelegenheit selbst in allen Details der praktischen Ausführung noch nicht vollständig geordnet, so steht doch jetzt so viel fest, daß es über diese Frage zu keinem eingreifenden Personalwechsel in den höchsten Regierungskreisen kommen wird. Das von dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Hrn. v. Mantuffel, eingereichte Gesuch um Enthebung von seinen Funktionen ist nicht angenommen worden. Allen Anzeichen nach wird die Regelung der betreffenden Ressortverhältnisse in der Weise vor sich gehen, daß der Unterstaatssekretär in seinem Wirkungskreise keine Beschränkung erleidet.

Die hier noch immer verweilende Familie des kaiserl. österr. Bundestags-Gesandten, Hrn. v. Profesch, wird Berlin erst mit dem Eintreten der schönen Jahreszeit verlassen. Frau v. Profesch beabsichtigte ursprünglich, schon zum 6. April nach Frankfurt überzusiedeln. Dieselbe hat aber der ungenügenden Witterung wegen diesen Plan wieder aufgegeben. — Wir befinden uns hier von neuem im vollen Winter. Des Nachts starker Frost, und bei Tag Schneefall mit Sonnenschein und Thauwetter abwechselnd. Der heutige Feiertag war vom Morgen an heiter. Die lösende Kraft der warmen Mittags-sonne machte aber zum großen Verdruß der in's Freie sich sehenden Bevölkerung die öffentlichen Promenaden fast unbetretbar.

Berlin, 28. März. Die Aufmerksamkeit unserer Einwohnerchaft wird in wachsendem Maße durch zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Anspruch genommen, welche am Osterfesttage sowohl hier als in mehreren Nachbarorten stattgefunden haben. Es handelt sich dabei sicherer Vernehmen nach um die Aufspürung wichtiger Beweismittel für das Dasein eines umfangreichen Komplotts zum Umsturz der bestehenden Staatseinrichtung. Man will sogar von neuen Mord- und Brandplänen wissen, welche bei dieser Gelegenheit zum Vorschein gekommen seien. So viel steht jedenfalls fest, daß die gemachten Entdeckungen von sehr weitentlicher Bedeutung sind. Das polizeiliche Einschreiten geschah mit eben so viel Umsicht, als Energie und Schnelligkeit. Morgens gegen 10 Uhr wurden sämtliche Polizeihauptleute und Leutnant nebst den Kriminalkommissarien auf dem Polizeipräsidium versammelt. Jeder Beamte erhielt seine bestimmte Weisungen und begab sich mit einer Anzahl Konstabler nach den ihm zugewiesenen Wohnungen. Sämtliche Hausdurchsuchungen wurden gleichzeitig vollführt. Es haben deren etwa 50 stattgefunden, und gegen 40 Personen sind dabei verhaftet worden. Als besonders wichtig werden die von hier aus zu gleicher Zeit in Moabit, Charlottenburg und Spandau gemachten Ermittlungen bezeichnet. Man hat fast überall Waffenvorräthe, sowie verdächtige Papiere gefunden und in Beschlag genommen. Aus den Papieren sollen sich weitere Verzweigungen des Komplotts ergeben, weshalb auch nach verschiedenen Seiten hin telegraphische Meldungen an die betreffenden Behörden ergangen sind. An Waffen hat man gegen 100 Gewehre und eine Anzahl von Säbeln, sowie Granaten, fertige Patronen, ganze Kisten voll Kugeln, Pulver und Blei, nicht minder auch Trommeln und rothe Fahnen gefunden. Die Sachen wurden zum großen Theil unter den Fußböden hervorgezogen, wo sie verborgen lagen. Die Recherchen dauerten den ganzen Tag über bis tief in die Nacht hinein. In mehreren Revieren waren sogar die Polizeibureaus auf einige Stunden geschlossen, weil das gesammte Personal durch die Nachforschungen in Anspruch genommen wurde. Alle aufgefundenen Sachen sind im Gebäude des Polizeipräsidiums in mehreren Zimmern aufgestellt. Der Staatsanwalt wie der Untersuchungsrichter haben bereits ihre Thätigkeit begonnen. Die Gewehre rühren meistens noch von der Zeughausplünderung her. Doch befinden sich darunter auch viele von roher, eigener Arbeit, namentlich auch einige Jätnadelgewehre eigener Konstruktion. Unter den Verhafteten nennt man den bekannten Vehmischen und einen Dr. med. Falkenthal in Moabit. An einer Konferenz, welche am Sonnabend vor Beginn der polizeilichen Nachforschungen abgehalten

wurde, sollen auch der Minister des Innern und der Kriegsminister Theil genommen haben.

Wien, 25. März. (A. J.) Febr. v. Kübeck hat bereits die Bewilligung erhalten, sein Amt als Vorsitzender des Reichsraths niederzulegen. Ueber seinen Nachfolger werden die widersprechendsten Vermuthungen laut; am meisten nennt man die H. H. Minister Baron Philipp Krauß oder Bach.

Wien, 26. März. Was die Sequestration der Güter der lombardischen Flüchtlinge betrifft, so ist dies eine rein innere Maßregel, weil sie, was die Güter betrifft, auf österr. Gebiete, und was die Besitzer dieser Güter betrifft, gegen österreichische Unterthanen vorgenommen wurde. Der Umstand, daß die flüchtigen lombardischen Gutsbesitzer in Piemont das Staatsbürgerrecht erlangt haben, hebt an und für sich noch keineswegs ihren Unterthanenverband mit Oesterreich auf. Sie sind vielmehr unbefugte Auswanderer und es ist auf sie das am 24. März 1832 in deutscher und italienischer Sprache fundgemachte Auswanderungspatent anwendbar. In diesem Patente sind §. 6 alle Diejenigen, welche sich ohne Bewilligung oder Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in das Ausland begeben, mit dem ausdrücklichen Erklärten, oder durch andere Handlungen zu erkennen gegebenen Vorsatz, nicht mehr zurückzukehren, für unbefugte Auswanderer erklärt. Als eine Handlung, welche den Vorsatz der Auswanderung zu erkennen gibt, wird §. 7 erklärt „die Annahme einer ausländischen Staatsbürgerschaft“. §. 11 des Patentes verfügt: „Das Vermögen der unbefugten Ausgewanderten wird während ihrer Lebenszeit, unbeschadet der Rechte und Schulden, welche darauf haften, sowie der Ansprüche auf die von dem Auswanderer schuldigen Alimente, in jedem Fall sequestrirt.“ Es ergibt sich hieraus, daß auch in Betreff derjenigen Mitglieder der italienischen Emigration, welche das sardinische Staatsbürgerrecht erlangt haben, ohne daß sie zuvor aus dem österreichischen Staatsbürgerrecht entlassen worden sind, der österreichischen Sequestrationsverordnung das formelle Recht zur Seite steht.

Der „Fr. P.-Ztg.“ zufolge wird Sr. Maj. der König von Preußen am 7. k. M. in Wien auf Besuch erwartet. — Die Totalsumme der zum Bau der Kirche für die glückliche Rettung Sr. Maj. des Kaisers eingegangenen Beträge beläuft sich bereits auf mehr als eine halbe Million. — Das Verbot der Spener'schen und der Schleißischen Zeitung ist von Seite der obersten Polizeibehörde aufgehoben worden.

Wien, 26. März. In der kaiserlichen Staatsdruckerei werden gegenwärtig kalmdische Typen unter der Leitung Hrn. Landmannes, des Professors Jürg von Krauß, angefertigt. Durch dieselben werden die sprachlichen Forschungen jenes Gelehrten auf diesem fast unbekanntem Gebiete der Deffentlichkeit übergeben werden. Es ist nun Dieses Angesichts dessen, was die kaiserliche Regierung seit Jahren für orientalische Sprachforschung gethan, keine außerordentliche Erscheinung; immerhin aber mögen Dieselben davon Akt nehmen, welche auf Das, was Oesterreich für die Geistesbildung thut, mit Verehrung und Hochachtung herabzublicken sich berufen halten. Was aber für Bildung von unten herauf, für Schaffung eines tüchtigen Lehrpersonals, durch den Grasen Thun geschehen ist und noch geschieht, verdient hohe Anerkennung. Geht man die Kataloge unserer Universitäten durch, so wird man eine Menge deutscher Namen von gutem Klange finden, welche vom Auslande in jüngster Zeit berufen worden sind.

Schweiz.

* Aus der Schweiz, 28. März. Der „Deserr. Corr.“ ist die Nachricht über die Unruhen in Lugano telegraphisch in folgender Fassung zugegangen: „Lugano, 23. März. Viele Bauern aus Val Cella drangen heute mit Knütteln bewaffnet und abasso la costituzione federale schreiend in die Stadt, welche darüber in Alarm gerieth. Als die Bürger ihnen Brod und Kleidungsstücke anboten, wollten sie auch noch nicht nachgeben, sondern bestanden auf einem Befehl des Regierungssystems, und Einige zogen sogar die bis dahin verborgenen gehaltenen Waffen, Pistolen und Dolche hervor. Nunmehr legten sich die Schützen und die städtische Miliz in Bewegung, die Kadelstührer wurden verhaftet, die Bauern in die Flucht gejagt. Starke Patrouillen durchziehen die Stadt.“

Die „N. Z. J.“ hatte kürzlich die Nachricht gebracht, Oesterreich habe unter der Hand Schritte bei den süddeutschen Bundesstaaten gethan, um diese zu gewissen Schritten gegen die Schweiz zu bestimmen, und beabsichtige unter Umständen die Sache auch bei dem deutschen Bundestag ebenfalls in Anregung zu bringen. Der „Bund“ erklärt, daß man in den offiziellen Kreisen zu Bern davon Nichts wisse; auch bestünde für die süddeutschen Bundesstaaten kein Grund zu einer Beschwerde. Die einzige Klage, welche in letzter Zeit erhoben worden sei, habe den preussischen Flüchtling Knorn betroffen, dem dann auch wegen Publikation aufreizender Gedichte das Asyl entzogen wurde. Ferner habe der Bundestag von sich aus den badischen Flüchtling Dietrich ausgewiesen, weil auch dieser sich, und zwar durch wiederholte Uebertretung der Internierung, des Asyls unwürdig gemacht habe.

Ferner meldet das Organ des Bundesraths von Desertionen von Ungarn und Italienern aus den Reihen des österreichischen Grenzfürbors; in Bern seien am 27. und 28. d. Transporte solcher Deserture von je 6 Mann eingetroffen. In Tessin kommen immer noch Ausgewiesene aus der Lombardie an. Der Kanton ist übrigens ruhig. Die Gaben für die Ausgewiesenen fließen neuerdings spärlicher. Auch die Schweizer im Ausland haben mehrfach Beiträge eingesendet, worunter solche selbst aus Wien. Namentlich beifern sich auch die auf deutschen Universitäten und höhern Unterrichtsanstalten studirenden Schweizer, für ihre armen Tessiner Landsleute beizusteuern. So gingen dieser Tage von den in Tübingen studirenden Schweizern 25 Fr. Thlr., und von den schweizerischen Polytechnikern in Karlsruhe 60 fl. ein.

Italien.

* Aus Rom berichtet der „Parlamento“, daß, obgleich der Finanzminister angeordnet hatte, die neue Gewerbesteuer vom 1. Januar 1851 an zu erheben, der Papst diese Verordnung nochmals — es ist jetzt das dritte Mal — wegen der vielen in diesen Beziehungen eingelaufenen Beschwerden hat residiren lassen. Der definitive Tarif ist nun endlich veröffentlicht und die Steuer mit den Rückständen seit 1851 wird nun sofort erhoben werden.

Frankreich.

|| Straßburg, 29. März. Noch sind die Nachrichten, welche über die orientalischen Angelegenheiten umlaufen, so widersprechend, daß jeder sichere Anhaltspunkt fehlt. Man befürchtet bloß, daß England eine auffallend zweideutige Rolle spielt. Die Kurse an der Pariser Börse sind heute wieder gefallen. Die friedlichen Absichten der französischen Regierung bekunden sich übrigens am deutlichsten darin, daß die Reduktion im Heere fort dauert. Jeden Tag werden neue Beurlaubungen bewilligt. Der Regierung wird sogar von einigen Seiten der Vorwurf gemacht, daß sie die Ersparnisse im Kriegsbudget etwas zu weit treibe. Es werden nächstens mehrere Tausend Pferde der verschiedenen Regimenter verkauft. Es scheint also, daß man die Verwicklungen im Oriente und deren mögliche Folgen nicht für so bedenklich hält, als von verschiedenen Seiten befürchtet wird.

Ein sehr ernstes Augenmerk scheint das französische Handelsministerium auf die Liebereinkünfte zu richten, welche in Bezug auf Mauthangelegenheiten von Seiten Preußens und Oesterreichs, sowie der Zollvereins-Staaten überhaupt, abgeschlossen wurden oder dem Abschluß nahe sind. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß auch Frankreich von seinen starren Prohibitivsysteme abzugeben geneigt ist. Entschließt sich die Regierung dazu, den Rohprodukten und Urstoffen, wenn auch nicht vollständig freie Einfuhr, doch wenigstens sehr geringe Zölle zu gewähren, so ist die Möglichkeit gegeben, daß unser Verkehr mit Deutschland an Bedeutung gewinnen. Es wäre Dieses um so mehr zu wünschen, als durch die Eisenbahnen der Preis der Frachten so außerordentlich billiger geworden. Die Frequenz auf unsern Schienenwegen nimmt fortwährend zu, wiewohl die Witterung noch immer nicht sehr günstig ist. Tritt einmal der Frühling, den wir bis jetzt bloß dem Kalender nach haben, auch wirklich ein, so wird sich der Zug der Reisenden außerordentlich vermehren.

Die badischen Heilquellen werden sich voraussichtlich dieses Jahr eines großen Zuspruchs zu erfreuen haben. Die französischen Blätter sprechen schon jetzt von den außerordentlichen Verschönerungen und zweckmäßigen Einrichtungen, welche Baden erhalten hat und noch erhalten soll. Der Eschbacher ist übrigens auch gewöhnt, die beschiedeneren Kurorte im badischen Lande aufzusuchen, zumal die groß. Eisenbahn die wünschenswerthen Verbindungen organisiert hat.

Der Bau der Brücke am sogenannten kleinen Rhein schreitet rasch voran, so daß die Venizung derselben hoffentlich binnen Monatsfrist erfolgen kann. Der Wasserstand am Oberrhein ist gegenwärtig so gering, daß die Dampfschiffe, welche nächstens ihren Dienst beginnen wollen, schwerlich hieher gelangen können, wenn der Rhein nicht beträchtlich wächst. Die Schiffsahrt auf unserm Kanale ist bereits sehr lebhaft. Die Konkurrenz, welche dieselbe der elsässischen Eisenbahn bereitet, ist bedeutend. — Die ambulanten Postbureau's, welche schon längst auf der Route von Paris hieher eingeführt sein sollten, werden, wie wir hören, demnächst in Dienstthätigkeit kommen.

† Paris, 29. März. Gestern Mittag um 1/2 Uhr empfing der Kaiser in den Tuilerien eine Deputation des höhern Handelsstandes der Londoner City, bestehend aus: Sir James Duke, Baronett, Parlamentsmitglied für die City, gewesener Lord-Major von London; Sir Edward A. Burton, Baronett, gewesener Parlamentsmitglied und Vortrager einer der bedeutendsten Londoner Industrieanstalten; Hrn. Samuel Gurney; Hrn. Gladstone, Associé des Hauses Thompson und Bonar von St. Petersburg und London; Hrn. J. D. Powles, Präsident der Mexikanischen und Südamerikanischen Kompagnie; Hrn. Glyn, Associé des Hauses Glyn, Mills u. Komp.; Hrn. Dent, einem der Direktoren der Indischen Kompagnie, Associé des Hauses Palmer u. Komp. in Ostindien und China; Hrn. Barclay vom Bankhause Barclay u. Komp.; Hrn. John Masterman vom Bankhause Masterman, Peters u. Komp. Die drei Minister des Staats, der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern waren zugegen. Sir James Duke, Präsident der Deputation, hielt folgende Anrede an den Kaiser:

Sire! Wir haben die Ehre und die Befriedigung, vor Ew. Maj. zu erscheinen, um Ihnen, sowie der französischen Nation eine Erklärung des Handelsstandes von der Hauptstadt des britischen Reiches zu überbringen, die den Ausdruck der freundschaftlichen und hochachtungsvollen Gefinnungen enthält, wovon seine Mitglieder gegen ihre Genossen in Frankreich befeelt sind. Da die Umstände, die diese Erklärung hervorgerufen haben, in der Erklärung selbst, die von mehr als 4000 Londoner Handelsmännern, Bankiers und Kaufleuten unterzeichnet ist, vollständig niedergelegt sind, so fügen wir nur hinzu, daß dieses Dokument treu die Gefinnungen des englischen Volks in Masse wiedergibt. Gestatten Sie uns, Sire, zum Schluß Ew. Majestät unsere eifrige Hoffnung auszusprechen, daß unter Ihrer Regierung Frankreich und England stets durch innige und beiderseitig vorteilhafte Beziehungen verbunden sein und aus der Freundschaft dieser beiden großen Nationen dem Wohlfrieden und dem Glück der Menschheit günstige Folgen hervorgehen werden.

Hierauf las Sir James Duke folgende Erklärung vor: Die unterzeichneten Handelsmänner, Banquiers, Kaufleute und anderen Einwohner von London halten sich im Augenblick aufgedrückt, öffentlich ihr Bedauern auszudrücken, daß, wie sie von verschiedenen Seiten erfahren, in der Meinung des französischen Volks der Eindruck besteht, als nähre das englische Volk in seiner Pflicht wenig zuneigungsvolle Gefinnungen. Wir halten es für eine Pflicht, laut zu erklären, daß wir nicht an das Bestehen solcher Gefinnungen bei dem englischen Volke glauben. Wir sind der Ansicht, daß

die Wohlthat einer jeden der beiden Nationen mit der andern innig verbunden ist, sowohl durch ihre beiderseitig vortheilhaften Handelsverbindungen, als durch gemeinschaftliche Theilnahme an allen Fortschritten der Kunst und Wissenschaft. Glücklich in dem Gedanken, daß nahe an 40 Jahre seit dem völligen Aufhören der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und England verlossen sind, legen wir hier den Ausdruck unserer Ueberzeugung nieder, daß man das Andenken der europäischen Kriege nur erneuern darf, um die Opfer an Menschen und Geld, die sie gekostet, die Hindernisse, die sie jedem nützlichen Unternehmen und jeder sozialen Verbesserung bereitet, die gefährlichen und unchristlichen Gefinnungen, die sie während ihrer Dauer hervorgerufen, und die schweren Finanzlagen, die sie an ihrem Ende hinterlassen, zu beklagen. Diese Rücksichten müssen jedem Mitglied der Gesellschaft die wichtigsten Beweggründe sein, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Alles, was dergleichen Kalamitäten wieder ins Leben rufen könnte, zu vermeiden und zu bekämpfen. Wir möchten hinzufügen, daß, da die Presse unseres Landes in öffentlichen Fragen, zu deren Organ sie sich zu machen gewohnt ist, zuweilen mit einem Anstrich von Freiheit über die Regierung und Institutionen der andern Staaten spricht, man in ihrer Sprache weder Feindseligkeit noch verletzende Absichten sehen muß. Wir meinen, daß britische Unterthanen sich um die innere Politik oder die Regierungsweise, die die französische Nation anzunehmen für gut findet, nicht zu kümmern haben, außer um von ganzem Herzen zu wünschen, daß der Friede und das Glück aller dabei Beteiligten daraus entspringe. Wir schließen diese Erklärung mit dem Ausdruck unserer aufrichtigen Wünsche für die Fortdauer der Freundschaft und des Wohlwollens zwischen den Franzosen und Engländern, unseres Entschlusses, Alles, was von uns abhängt, zur Befestigung dieser Gefinnungen zu thun, und unserer eifrigen Hoffnung, daß in Zukunft die Bürger beider Nationen nur für die Pflege der Künste des Friedens und für die Entwicklung der Mittel zur Verbesserung der Gesellschaft in ihrem gemeinschaftlichen Interesse mit einander kämpfen.

Se. Maj. der Kaiser antwortete in englischer Sprache, wie folgt:

Ich bin ungemein gerührt von dieser Kundgebung. Sie bekräftigt mich in dem Vertrauen, welches der gesunde Sinn der englischen Nation mir immer eingeklebt hat. Während meines langen Aufenthalts in England bewunderte ich die Freiheit, deren sie, Dank der Vollkommenheit ihrer Institutionen, genießt. Einen Augenblick fürchtete ich jedoch voriges Jahr, daß die öffentliche Meinung über den wahren Zustand Frankreichs und über seine Gefinnungen gegen Großbritannien irreführend wäre. Aber man täuscht nicht lange Treu und Glauben eines großen Volkes, und der Schritt, den Sie gegen mich thun, ist ein schlagender Beweis davon. Seit ich an der Gewalt bin, zielen meine Befehle beständig darauf ab, die Wohlthat Frankreichs zu entwickeln. Ich kenne seine Interessen; sie sind von denen aller andern zivilisierten Nationen nicht verschieden. Wie Sie, will ich in den Frieden, und, um ihn zu befestigen, will ich, wie Sie, die Bande verstärken, die unsere beiden Länder vereinigen.

Sir James Duffe stellte hierauf dem Kaiser die Mitglieder der Deputation einzeln vor und Se. Maj. unterhielt sich mit Jedem von ihnen in den wohlwollendsten Ausdrücken. Der „Moniteur“, der heute über dieses eigenthümliche und moralisch bedeutende Ereigniß Bericht abgibt, veröffentlicht die sämtlichen Namen, von denen die auf einer Pergamentrolle von 92 Fuß Länge stehende Erklärung unterzeichnet ist.

Paris, 29. März. Bis heute sind immer noch keine neuen Nachrichten über den Stand der orientalischen Frage aus Konstantinopel in Paris angekommen. Der „Egyptus“, der wegen eines heftigen Windes einen Tag zurückgehalten worden war, ging laut einer telegr. Depesche am 27. d. bei La Ciotat vor Anker. Uebrigens zweifelt man, ob er wirklich neuere Nachrichten bringen wird. Der französische Gesandte in Konstantinopel verließ am 27. Marseille auf dem „Caton“. Der „Constitutionnel“ glaubt, daß die Verhandlungen in Konstantinopel sich in die Länge ziehen werden und daß die Gesandten Frankreichs und Englands bei der Pforte auf ihren Posten angekommen sein werden, ehe dieselben be-

endigt sind. — Gestern Abend fand der große Ball statt, den der gesetzgebende Körper dem Kaiser und der Kaiserin gab. 33. MM. waren von den beiden kaiserlichen Prinzen Hieronymus und Napoleon, sowie den Offizieren und den Damen ihres Hauses begleitet. Alle Minister, das diplomatische Korps, die Generale, Senatoren, hohen Beamten und eine große Anzahl Personen von Rang wohnten diesem Feste bei, das auf das glänzendste und geschmackvollste angeordnet war. Der Kaiser und die Kaiserin kamen um 10 Uhr im Palais Bourbon an, woselbst sie bis nach 12 Uhr verweilten.

Eine offiziöse Korrespondenz will wissen, daß die Krönung des Kaisers und der Kaiserin erst im Monat August stattfinden wird. Der Polizeiminister hat an alle Präfekten ein Zirkular schreiben gerichtet, worin er auffordert, jede Demonstration, die die sozialistische Partei bei Leichenbegängnissen und ähnlichen Gelegenheiten machen wolle, zu verhindern. Das großartige Leichenbegängniß der Madame Raspail scheint die Veranlassung zu diesem Rundschreiben gewesen zu sein.

Das Innere des Konversationshauses zu Baden wird dieses Jahr abermals neue Verschönerungen erfahren. Hr. Benazet, dem bekanntlich der Pacht wieder übertragen ist, hat Hr. Séhan, einen der Ausgabe durchaus gewachsenen Maler und Dekorateur, mit den betreffenden Arbeiten beauftragt.

Spanien.

Eine telegraphische Depesche aus Madrid vom 24. März meldet, daß die dem Marschall Narvaez günstigen Anträge der Kommission im Senat mit 106 gegen 64 Stimmen verworfen worden sind.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. März. Seit einigen Tagen haben im dänischen Reichstag die Verhandlungen über die sehr wichtigen Erbsolgevorlagen begonnen. Zu einer Abstimmung ist es noch nicht gelangt. Das Ministerium bestand dabei mit großer Entschiedenheit auf unbedingter und vollständiger Annahme der Votivschäfe.

Montenegro.

Man schreibt der „Trief. Ztg.“, daß binnen wenigen Wochen feste Bestimmungen in Betreff Montenegro's stattfinden werden. Allgemein verlautet, daß Hr. Kawalewski als russischer Konsul für Montenegro bestimmt sei. Bisher handelte es sich unter der Leitung eines höhern österr. Stabsoffiziers eine Gendarmerie nach dem Muster der österr. Armee errichtet werden. Die gesammte türkische Armee hat die montenegrinische Grenze verlassen. Die Türken haben in dem montenegrinischen Kriege nach offiziellen Daten verloren: 1 Oberst, 3 Bimbaischa, 1 Aga, 2 Kanonen, 8 Fahnen, 300 Gefangene, 4500 Tode, 4000 Verwundete und 35 Millionen Pfaher Kriegskosten. Die Montenegriminer haben, außer den verwüsteten Drißkoffen am See von Scutari, 80,000 bis 100,000 fl. Kriegskosten und einigen hundert Tode und Verwundete, Nichts verloren.

Türkei.

Konstantinopel, 14. März. Fürst Menzifoff hat dem Sultan einen eigenhändigen Brief seines Souveräns überbracht. In demselben wird der Fürst als Mann des höchsten Vertrauens bezeichnet, und angefündigt wird, daß er der Pforte die zusammengestellten Forderungen des russischen Kabinetts nach und nach mittheilen werde; ihre baldige Beantwortung werde in Petersburg mit größter Ungeduld erwartet. Der erste Besuch des Fürsten Menzifoff nach der Audienz beim Sultan galt dem alten Chosrew Pascha, der als Großvezier im Vertrag von Unkiarskeles den Russen das Recht einräumte, ihre Flotte im Bosporus aufzustellen. Auch jetzt soll Chosrew den Fürsten aufgefordert haben, festzuhalten und die Türkei vor den Allianzen mit dem Westen

zu bewahren (?). Tags darauf besuchte Menzifoff den Kriegs- und Marineminister, der ihn ebenfalls sehr zuvorkommend empfing. Ueberhaupt geben sich die Türken alle Mühe, die Zufriedenheit des Fürsten zu erringen, und Das ist es, was die Geschäftsträger Frankreichs und Englands beunruhigt hat. Von Lord Redcliffe erwartet man einige Anordnungen in dieser augenblicklichen Sachlage, wahrscheinlich aber vergebens. In Bezug auf die Heilige-Grab-Frage verlangt Rußland die Aufrechthaltung aller vor den Verträgen mit Frankreich den Griechen bewilligten Vorrechte. Ob es wahr ist, daß auch die Aufhebung des Patriarchats von Konstantinopel und die Uebertragung seiner Oberhoheitsrechte nach St. Petersburg verlangt wird, wissen wir nicht. Den aufwartenden türkischen Slaven, die ihre Wünsche kundgeben wollten, soll aber bedeutet sein, daß es sich nicht darum handle, wenigstens nicht in diesem Augenblick. — Lord Redcliffe wird hier eine sehr schwierige Stellung haben, da Rifaat Pascha nichts weniger als ein Freund Englands ist.

Neueste Post.

* Die „Times“ (vom 28. d.) führt abermals aus, daß die orientalische Frage keine weitergehende Gefahr in sich trage, und rechtfertigt das Verfahren Englands Frankreich gegenüber, wobei sie sich jedoch der Ueberzeugung hingibt, daß dieser Zwischenfall keine bleibenden Spuren in den freundlichen Beziehungen irgend einer in dieser Frage beteiligten Macht zurücklassen wird. Die meisten andern englischen Blätter sehen die Sache nicht so gemüthlich an und glauben auch nicht, daß die Differenzen ganz ausgeglichen sind.

Die englischen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Prinzen von Schleswig-Holstein-Roer an den Präsidenten des dänischen Reichstags, worin derselbe gegen die von seinem Bruder mit Dänemark abgeschlossene Uebereinkunft protestirt.

Der „Köln. Ztg.“ meldet man telegraphisch aus Paris, 28. d.: Den neuesten Nachrichten aus Rom zufolge ist Se. Heil. der Paps der Reise nach Paris günstig gestimmt, und wird hierin von Kardinal Rencanati unterstützt; zwar widerstrebt der Kardinal Antonelli, doch glaubt man, daß der Wille des Pappes siegen werde.

Das preussische Ministerium hat neuerdings angeordnet, daß das 1848 zurückgelegte Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 jetzt auch in Berlin seinem ganzen Umfange nach eingeführt werde, und das Polizeipräsidium hat im Auftrage der gedachten Ministerien dem Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde Dies mit der Auflage eröffnet, binnen 3 Monaten die Urlisten einzureichen und dabei zu bemerken, wer von den Berliner Juden zum Reformverein gehöre.

Der Generaladjutant Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, General Köllner v. Köllenstein, hat ein eigenhändiges Schreiben des Fürsten Daniel von Montenegro nach Wien überbracht, in welchem dem Monarchen der wärmste Dank für den gewährten Schutz ausgesprochen wird. Der Fürst behält sich vor, nach vollendeter Ordnung der Angelegenheiten in Montenegro denselben persönlich Sr. Maj. dem Kaiser zu wiederholen.

Man meldet aus Turin, daß die sardinische Regierung den Obersten Actis nach Wien gesandt hat, um dem dortigen sardinischen Gesandten, Grafen Revel, Depeschen zu überbringen, die eine Antwort auf die österr. Note über die Flüchtlinge und neue Instruktionen über das zukünftige Auftreten des Grafen enthalten.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Todesanzeige.

B.77. Eschelbronn. Verwandten und Freunden bringen wir die Trauerbotschaft, daß unser Bruder und Vetter Philipp Frank von Medesheim nach kurzem Krankenlager in Folge eines wiederholten Blutsturzes in Saag in Böhmen als k. f. österr. Cadet in seinem 20. Lebensjahre unerwartet schnell gestorben ist, und bitten um stille Theilnahme.

Eschelbronn, den 20. März 1853.
Die Verwandten.

B.79. Karlsruhe.

Kunstverein.

10te Ausstellung

von zwei großen Oelgemälden des Großherzoglichen Hofmalers Gebor Dieß.

1) Die Erstürmung von Belgrad durch Mar. Emanuel 1688. Im Besitze Seiner Majestät des Königs Maximilian von Bayern.

2) Die nächtliche Heerschau, nach dem Gedicht von Jelliß.

Diese Ausstellung ist vom 1. bis einschließlich 6. April 1853 für die Vereinsmitglieder von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr eröffnet. Den Nichtvereinsmitgliedern ist der Zutritt von Nachmittags 2 Uhr bis 4 Uhr gestattet.

Der Vorstand.

B.75. Grafenhäusen, Bezirksamt Eitenheim.

Anerkennung.

Herr Universitätsmechanikus Albert Lind zu Freiburg hat der Gemeinde Grafenhäusen eine neue Feuerlöschspritze größerer Art um die Summe von 1625 fl. gefertigt. Das Werk wurde am 12. d. Mts. in Freiburg durch den zur Untersuchung bestimmten Hrn. Architekten Schneider technisch geprüft, und bestand dasselbe in Gegen-

wart des Hrn. Stadtdirektors Bürger, des Hrn. Oberamtmanns v. Christmar, und des Hrn. Kommandanten des Pompierskorps, Heint. Kunzer, eine ausgezeichnete Probe.

Die aufgeführten Herren überzeugten sich von der Vortrefflichkeit dieses Werks, und beurkundeten dies auf dem technischen Gutachten des Hrn. Architekten Schneider, welcher das Werk in allen Theilen als sehr solid und meistermäßig hergestellt erklärte und dasselbe der Gemeinde Grafenhäusen zur Uebernahme bestens anempfiehlt.

Diese Feuerlöschspritze wurde am 15. d. Mts. einer weitern ausgezeichneten Probe in Grafenhäusen in Gegenwart unseres Amtsvorstandes (Hrn. Oberamtmanns Stigler) und einer großen Anzahl Bürger ausgesetzt, und man gewann allgemein die Ueberzeugung, daß dieselbe ein vorzügliches Werk sei.

Der unterzeichnete Gemeinderath und engere Ausschuss drücken deshalb dem Hrn. Mechanikus Albert Lind für diese treffliche Lieferung die schuldicke Anerkennung aus.

Grafenhäusen, den 29. März 1853.
Der Gemeinderath: Der engere Ausschuss:
Weiglinger, Bgmstr. Johann Kaspar.
Sebastian Muz. Augustin Ruffner.
Faver Köbele. Johann Heis.
Gerhard Lüdickehausen. Felix Rog.
Philipp Kertler. vdt. Koch, Rathschr.
Friedr. Fleig.

B.78. [21]. Karlsruhe.

Offene Lehrstelle für einen jungen Mann mit guten Vorkenntnissen bei

M. Winter & Sohn am Marktplatz.

Lehrlingsgesuch.

B.9. [22]. In eine Spezereiwaarenhandlung wird ein junger Mensch von guter Erziehung unter sehr annehmbaren Bedingungen in die Lehre aufgenommen, und könnte sogleich eintreten. Näheres besorgt die Expedition dieses Blattes.

B.81. Karlsruhe.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen.

Der Gesellschaftsausschuss hat auf Grund der Statuten zur diesjährigen Tilgung am Kapital der Partialobligationen die Summe von 103,000 fl. festgesetzt.

In der hierauf heute vor Notar und Zeugen vollzogenen V. Ziehung wurden folgende Obligationen zur Heimzahlung bestimmt:

Lit. A. 40 Stück à 1000 fl. Nr.	28. 57. 67. 84. 98. 113. 116. 121. 134. 139. 142. 144. 162. 165. 200. 216. 225. 229. 242. 282. 320. 339. 381. 401. 406. 431. 450. 453. 482. 498. 516. 529. 539. 549. 626. 627. 670. 674. 677. 683.	40,000 fl.
Lit. B. 115 Stück à 500 fl. Nr.	20. 37. 75. 77. 93. 96. 123. 154. 244. 252. 263. 273. 305. 312. 316. 319. 328. 366. 370. 379. 433. 505. 514. 515. 521. 540. 547. 548. 583. 605. 631. 635. 688. 699. 701. 713. 718. 721. 725. 742. 770. 790. 800. 805. 818. 841. 854. 857. 868. 872. 879. 895. 899. 905. 914. 923. 960. 974. 975. 999. 1007. 1022. 1029. 1046. 1053. 1110. 1133. 1188. 1194. 1204. 1209. 1292. 1318. 1326. 1330. 1349. 1354. 1363. 1376. 1394. 1408. 1457. 1458. 1489. 1512. 1523. 1533. 1547. 1550. 1551. 1557. 1574. 1586. 1593. 1595. 1603. 1607. 1613. 1631. 1645. 1674. 1696. 1700. 1743. 1783. 1795. 1803. 1840. 1865. 1880. 1881. 1885. 1894. 1948. 1949.	57,500 fl.
Lit. C. 55 Stück à 100 fl. Nr.	17. 42. 88. 93. 113. 128. 155. 167. 171. 186. 193. 201. 215. 218. 227. 281. 285. 291. 302. 314. 360. 376. 383. 384. 407. 457. 465. 480. 484. 485. 517. 568. 579. 585. 613. 614. 629. 646. 657. 663. 671. 679. 756. 766. 810. 813. 814. 816. 841. 850. 887. 895. 906. 910. 915.	5,500 fl.

Indem wir dieses Ergebnis bekannt machen, fordern wir die Inhaber der verloosten Obligationen auf, die Kapitalbeträge mit den laufenden Zinsen am 30. Juni dieses Jahres bei einem der auf den Coupons bezeichneten Bankhäuser zu erheben. Von diesem Zeitpunkt an findet keine Verzinsung mehr statt.

Ferner werden gegen die Dividenden-Schelte für das Jahr 1852 für die Actien Lit. A. fl. 30. — B. „ 15. — bei einem der auf den Dividenden-Scheinen bezeichneten Bankhäuser am 30. Juni 1853 bezahlt.

Karlsruhe, den 30. März 1853.
Der Vorstand des Ausschusses.
Max von Haber.

